

Bern, den 17. April 2002

Pressemitteilung

## **Öffentliche Debatte über Bologna soll stattfinden**

Die Blockade der SUK vom Donnerstag, den 4. April, durch die Studierenden zeigt erste Erfolge. Gestern fand ein Treffen zwischen Vertretern des VSS, der SUK, der CRUS und dem Staatssekretär statt. Dabei ging es um den weiteren Zeitplan bezüglich den Richtlinien der SUK zu Bologna.

Der VSS empört sich ja vor allem bei der Umsetzung der Bologna-Deklaration, dass es keine Transparenz und keinen Einbezug der Angehörigen der Hochschulen gibt, im Speziellen der Studierenden. Dies scheint sich nun zu ändern: aufgrund des Protestes schlug Staatssekretär Kleiber gestern eine dritte nationale Bologna-Tagung im Dezember vor, welche sowohl von der CRUS, wie auch vom VSS organisiert werden soll. Ziel soll es sein, dass eine breite Debatte auf nationaler Ebene stattfindet, um die Probleme der Bologna-Umsetzung genauer zu diskutieren. Vorgängig soll es an jeder Hochschule der Schweiz eine Diskussion zur Umsetzung der Bologna-Deklaration geben. Eingeleitet wird diese Debatte durch die nun geplante Vernehmlassung der CRUS zu den Richtlinien und Grundsätzen zu Bologna. Der VSS drängt darauf, dass die CRUS nicht nur die Stellungnahmen der Rektoren an die SUK leitet, sondern auch die einzelnen Stellungnahmen der Verbände der Angehörigen der Hochschulen, damit die einzelnen Meinungen zum Ausdruck kommen. Dass dies so umgesetzt wird, liegt nun an der CRUS. Der VSS wird sich dafür stark machen.

Damit sind die ersten Forderungen der Studierenden erreicht: Es soll eine grössere Debatte über die Umsetzung geben. Doch die vollständige Demokratisierung des Umsetzungsprozesses ist damit nicht erreicht. Die Forderungen des VSS, dass die Arbeitsgruppen und "Umsetzungsgruppen" der CRUS paritätisch zusammengesetzt und die Informationspolitik der CRUS enorm geöffnet werden sollen, wurden bis jetzt von der CRUS noch nicht umgesetzt.

Für den VSS ist eines klar: Die Verwaltungsumsetzungs-Tür des Bologna-Prozesses ist hiermit einen kleinen Spalt geöffnet. Es geht nun darum, die Tür vollständig aufzustossen. Nur durch den Einbezug der Angehörigen der Hochschulen und im Speziellen der Studierenden, da diese am meisten von Bologna betroffen sein werden, kann eine Debatte über Bologna stattfinden. Vielleicht realisieren die CRUS, die SUK und der Staatssekretär eines Tages, dass Bologna wohl kaum Vorteile, hingegen erhebliche Risiken für die Schweiz mit sich bringt.

Sie finden unsere ausführliche Kritik zur Bologna-Deklaration und das klare Nein dazu unter:  
[http://www.vss-unes.ch/policy\\_d/bologna.html](http://www.vss-unes.ch/policy_d/bologna.html)  
[http://www.vss-unes.ch/policy/bologna\\_02\\_d.html](http://www.vss-unes.ch/policy/bologna_02_d.html)  
oder rufen sie uns an auf 031/382 11 71 (Mo-Do 11:00-13:00 und 13:30-16:30) oder 079/741 09 65 (Stephan Tschöpe).

In der Hoffnung auf eine Berichterstattung Ihrerseits verbleiben wir mit freundlichen Grüssen,

Stephan Tschöpe      Theodor Schmid  
Co-Präsident      Politischer Sekretär

---

VSS - Verband der Schweizer Studierendenschaften  
UNES - Union des Etudiant-e-s de Suisse  
USU - Unione Svizzera degli Universitari  
<http://www.vss-unes.ch> - <mailto:info@vss-unes.ch>  
Schanzenstr. 1 - CH-3001 Bern - +41 31 382 11 71